

Ein Päckchen Tabak und das Grundgesetz

SPiegel-Reporter Hans-Joachim Noack über DDR-Ausreisende im Notaufnahmelaager Gießen

Wie geblendet steht Wilfried Breitfeld am späten Dienstagabend auf der unteren Bahnhofstraße in Gießen zwischen den Schaufenstern von „Möbelstadt Sommerlad“, „Mode-Treff“ und „Backparadies Jöst“. Für welche der ihn von beiden Seiten anspringenden Auslagen soll er sich da entscheiden, wo zuerst hinrennen?

Der Fleischergeselle Breitfeld, 34, aus Mildena im Erzgebirge, verharret so einen langen Moment auf der Fahrbahnmitte. „Mensch, träum' ich?“ Nein. Natürlich nicht. Was er sieht, ist für ihn „traumhafte Wirklichkeit“ – Endstation Sehnsucht nach dreieinhalb Jahren unablässigen Drängens, sich in den Westen verabschieden zu dürfen.

Der Busfahrer Helmut Ulitsch, 35, aus dem thüringischen Pößneck erlebt den Augenblick seines höchsten Glücksgefühls als Triumph, „so, als wenn mir gerade ein Kunststück gelungen wäre“. Da habe er „unaufhörlich etwas probiert, was im Grunde gar nicht geht, und jetzt ist es doch gegangen“.

Neunundzwanzigmal seit 1981 bemühte sich der zähe Arbeiter, des realen Sozialismus überdrüssig, per Antrag um Ausreise aus der DDR. Neunundzwanzigmal ohne Echo.

Dann, am Freitag vorletzter Woche, erhält er innerhalb weniger Stunden alles, was er sich über die Jahre gewünscht hat: vom „VEB Kraftverkehr“ seinen „Arbeitsaufhebungsvertrag zwecks Wohnsitzveränderung“, vom zuständigen Rat des Kreises seine „Entpflichtung“ aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik, eine Ersatz-Identitätskarte – und vom Stasi den Wink, sich „geräuschlos“ davonzumachen.

Kein „Kunststück“ mehr? So sieht es mittlerweile tatsächlich aus. Nahezu zweihundert Übersiedler werden an einem einzigen Tag im Notaufnahmelaager in Gießen begrüßt. Als Ulitsch und Breitfeld, beide mit Ehefrau, dort am 28. Februar ein gemeinsames Zimmer beziehen, vermeldet der Lagerleiter Heinz Dörr einen „wahren Ausreisenden-Boom“.

Und wirklich hat es so etwas nicht mehr gegeben, seit in Berlin die Mauer gebaut wurde. Derart stark ist an diesem Abend der Andrang, daß auch die dutzendweise aufgestellten Notbetten nicht ausreichen. Eine Situation, die in dem hessisch gemütvollen Herbergsvater eine in dreißig Jahren erprobte Beweglichkeit wachruft. Der Familie Trentsch aus Dresden mit der zweijährigen Tochter Claudia öffnet Dörr den Sitzungssaal.

Ossi Brauner, der Organisationsleiter, macht bei der Essensausgabe in der Kantine vor der Schlange der Wartenden Stimmung: „Bitte haben Sie Verständnis, wenn wir ein bißchen zusammenrücken müssen. Aber in der Freiheit verträgt man auch die Enge.“

Zuweilen hat es den Anschein, als seien die schlimmen Zeiten zurückgekommen. Wann immer in Gießen ein Zug aus Bebra eintrifft, formiert sich auf dem Bahnsteig ein Troß von Männern, Frauen und Kindern, die sich mit ihren Habseligkeiten, verstaut in Koffern, Ta-

Dankbarkeit, fast Devotheit, ist das Merkmal dieser Tage in Gießen. Als sei Wohlverhalten eine erwünschte Voraussetzung für rasche Einbürgerung, bereitet es den Ankommenden keine Mühe, ab sofort die DDR nur noch „Zone“ zu nennen. Unaufgefordert bekunden sie Parteinahme: „Grenada, was soll's, was gibt es dagegen einzuwenden?“

Der Fleischer Breitfeld hat sich geschworen, zu lernen und die deutsche Obrigkeit nicht zu verunsichern. Namentlich gegen die Regierung werde er „nie ein Wort sagen, denn die hat mich



DDR-Übersiedler in Gießen: „In der Freiheit verträgt man die Enge“

schen und Kartons, in Richtung Lager bewegen. Flüchtlingsbilder wie vor vierzig Jahren in Deutschland – und noch immer Gegenwart.

Viele von denen, die von Ost nach West wechseln, sind zwischen 25 und 40, also im besten Lebensalter. Erstaunlich hoch auch die Zahl jener, die sich als qualifizierte Fachkräfte erweisen.

Warum gerade sie jetzt der DDR den Rücken kehren dürfen – manche zwei Jahrzehnte nach der ersten Antragstellung, manche bereits nach drei Monaten –, wird wohl bis auf weiteres ein Geheimnis bleiben. Folgt die nächste Milliarde, soll das Protestpotential abgebaut werden? Oder ist die Führung des Arbeiter-und-Bauern-Staats gar schon drauf und dran, den eigenen Arbeitsmarkt zu entlasten?

aufgenommen“, und er will statt dessen die Kommunisten befehlen. „Wenn da so ein DKP-Mensch daherkommt, den blas' ich an“; darauf dürfe sich dieser Staat allzeit verlassen.

„Realitätsbezogen“ nennt Karl Mai, der Referatsleiter für Umsiedlerfragen im hessischen Sozialministerium, die Mitbürger aus Deutschland Ost, die sich auf ihre Integration vorbereiten. Bestens unterrichtet über den West-Fernsehsender Kanal 7, sind sie bereit, die meisten Positionen zu adaptieren und sich den neuen Verbündeten anzupassen.

Vom Begrüßungsgeld, 150 Mark, kauft sich der Maschinenbaumeister Eberhard Kern, 41, aus Karl-Marx-Stadt ein Päckchen Pall-Mall-Tabak und das Grundgesetz. Das eine „für den Genuß“, das andere „für den Kopf, weil

man sich in der Verfassung auskennen muß“.

Aber frei nach Marx weiß Kern zugleich auch, „daß das Kriterium der Wahrheit die Praxis ist“. Was er erwartet, ist „ein Land der Macher“ und der vom Ballast der Ideologie befreiten Produktionsverhältnisse, die sich allein an der Steigerung des Bruttosozialprodukts orientieren.

Dennoch: Allen, die kommen, ist klar, daß sie „in kein Schlaraffenland einziehen werden“ (Breitfeld). Auch hier tat der West-Kanal seine Wirkung. Auf die in der Bundesrepublik herrschende Arbeitslosigkeit mußte sie nicht erst die SED-Propaganda verweisen.

Vorbei jene schönen Zeiten, in denen sich vor den Toren des Lagers die obligatorischen Schlepper die Hand gaben. Allein aus Dieburg hat sich eine Firma gemeldet, die bereit ist, ein paar Schlosser zu übernehmen. Der Rest ist Schweigen.

Nachgrübelnd über berufliche Perspektiven, signalisieren die neuen West-Bürger, daß sie sich bescheiden verhalten wollen. Niedere Dienste werden angeboten, um zunächst mal über die Runden zu kommen. So geht der Student aus Cottbus „gern erst mal zwei, drei Jahre Fenster putzen, um sich auf dem Markt zu behaupten“. Als Deutsche hoffen sie zudem auf die Hilfe ihrer Landsleute, „den Türken notfalls die Müllabfuhr streitig machen zu können“.

Die überwiegende Mehrheit derer, die in Gießen das gesetzlich vorgeschriebene Notaufnahmeverfahren durchlaufen, hat einen Zielpunkt und eine Ahnung vom Anfang. Auch wenn der Ausreisegrund „Familienzusammenführung“ arg strapaziert wird, auf einen Onkel in Detmold oder eine Tante in Berchtesgaden können sie sich allemal noch berufen.

Michael Ulbricht, 24, aus Großenhain bei Riesa, hat nur Inge, eine Brieffreundin aus Nürnberg, die „mich aber jetzt nicht mehr sehen möchte“. Er wollte auch gar nicht raus. Dem Wehrdienstverweigerer, in seiner Ortschaft „Mitglied der antisozialistischen Subkultur“, präsentierten die DDR-Behörden seine Ausbürgerung ohne Antrag.

Seinen ersten Abend im Westen verbringt der einsame Former aus Sachsen in einer Disco in Gießen. Zunächst entsteht da auch Neugierde, ein bißchen Geplänkel, dann jähe Zurückweisung – so erlebt er seine Gesprächspartnerin hinter der Theke. „Kommunistenärtsche“, giftet das Mädchen ihn an, „sind hier nicht gefragt. Zieh Leine, Mann.“

„Und für so was“, sagt er anderntags deprimiert, „hat man sich nun in die Politik eingemischt.“ In der Lagerkantine hockt er tief über dem Bierglas, so lassen sich die feuchten Augen besser verbergen. Nein, Ulbricht hat mit diesem gelobten Land nichts am Hut. Es ist ihm egal, wo er am Ende landet.

alle Wirtschaftsfunktionäre und Staatsbediensteten.

Die SED-Führung fährt denn auch eine Doppelstrategie: Lange bevor der Ausreise-Schub begann, organisierte die Staatspartei eine rigorose ideologische Kampagne gegen West-Kontakte und Ausreise-Anträge.

Daß die SED-Rechnung aufgeht, glauben nicht einmal überzeugte Einheitssozialisten, erst recht nicht die Staatsschützer vom MfS.

Ihre Erfahrungen mit den Wünschen der Ostdeutschen decken sich vielmehr mit einem in der DDR beliebten Witz: Honecker kehrt abends von einem Auslandsbesuch zurück. Auf der Fahrt vom Flughafen in die Hauptstadt wundert er sich: Alles ist hell erleuchtet, aber kein Mensch auf der Straße. Schließlich kommt er zu einem Loch in der Sperrmauer. Dort hängt ein Zettel: „Erich, du bist der letzte, mach das Licht aus.“

US-REISEN

Erste Salve

Auf Kanzler Kohl warten in Washington schwierige Verhandlungen. Präsident Reagan will seinen Wirtschaftskurs nicht aufgeben und wünscht von Bonn obendrein Milliarden für US-Soldaten.

Kurz vor seiner Reise nach Washington Ende letzter Woche bekam Helmut Kohl einen ersten telefonischen Bericht seines Wirtschaftsministers, der drei Tage lang in der US-Hauptstadt die Stimmung getestet hatte. Der Kanzler empfahl Otto Graf Lambsdorff, müsse sich warm anziehen.

Nicht nur schwierige Gespräche über Wirtschaftspolitik stehen dem Bonner

Regierungschef bei seinem dritten Besuch in Washington bevor. Kohl muß sich auch darauf gefaßt machen, daß Verteidigungsminister Caspar Weinberger die Deutschen kräftig melken will. Er selber, so berichtete Quartiermacher Lambsdorff, habe aber bereits einige Vorarbeit geleistet.

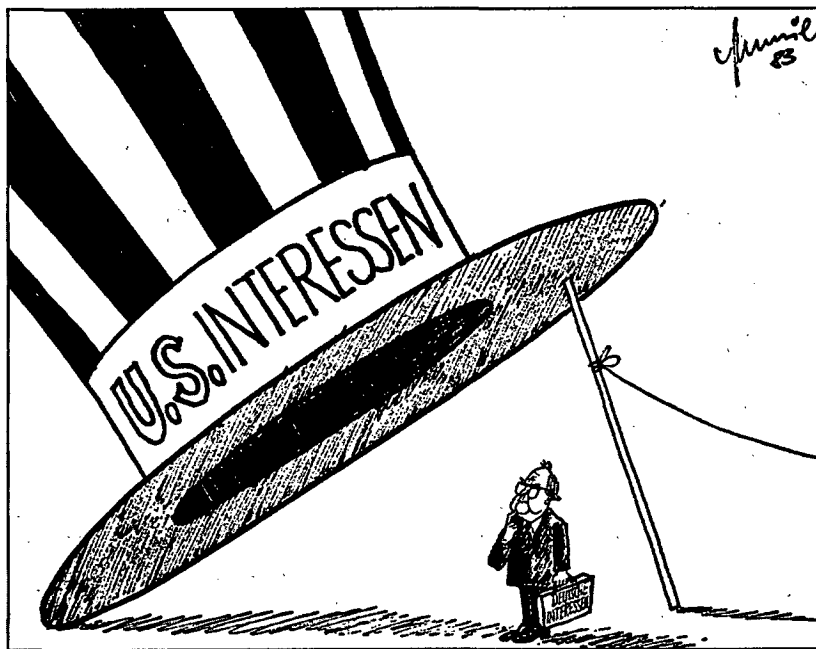
Amerikanische Freunde hatten den deutschen Wirtschaftsminister schon vor einiger Zeit um Hilfe gebeten: Lambsdorff solle der US-Administration einmal als Außenstehender deutlich sagen, was die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Ronald Reagan für Europäer und Entwicklungsländer an Gefahren bedeute.

„Meine Freunde hier behaupten“, sagt der Graf selbstbewußt, „wenn das einer kann, dann bist du es.“ Und einer solchen Empfehlung kommt er, in gewohnter Schärfe und Klarheit, nur zu gern nach.

Hohe US-Zinsen, gewaltige Defizite im Haushalt und in der Handelsbilanz, Zollerhöhungen, Einfuhrbeschränkungen – die Liste der Lambsdorff-Beschwerden war lang. Und der Ton, den er anschlug, erinnerte an die Kapuziner-Predigten, die der einstige Kanzler Helmut Schmidt US-Präsidenten zu halten pflegte.

Dieser Kurs, belehrte der Graf US-Vizepräsident George Bush und Finanzminister Donald Regan, sei „nicht zu vereinbaren“ mit den Erklärungen des US-Präsidenten auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg. Dort nämlich habe Reagan feierlich dem Ziel zugestimmt, den Protektionismus abzubauen.

Er wisse zwar, ging er den Finanzkollegen an, daß im Wahljahr in den USA nicht gerade eine Sparpolitik nach deutschem Muster zu erwarten sei. Aber



Frankfurter Rundschau